

AZ: -20.1-ja-te Frau Jahnecke

**Drucksache Nr.: 0074/2013/DS**

=====

Beratungsfolge	Termin	Status	Behandlung
Hauptausschuss	13.08.2013	Ö	Kenntnisnahme
Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss	21.08.2013	Ö	Kenntnisnahme
Ratsversammlung	27.08.2013	Ö	Kenntnisnahme

**Berichterstatter:**

Oberbürgermeister Dr. Tauras / Stadtrat  
Dörflinger

**Verhandlungsgegenstand:**

**Leistung von überplanmäßigen  
Aufwendungen im Ergebnisplan und  
gleichzeitig Auszahlungen im  
Finanzplan 2013 nach § 95 d GO**

**A n t r a g :**

Die Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnisplan und gleichzeitig Auszahlungen im Finanzplan 2013 bis zur Höhe von 140.000,00 Euro nach § 95 d GO wird zur Kenntnis genommen.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Mehraufwendungen im Ergebnisplan 2013 140.000,00 Euro  
Mehrauszahlungen im Finanzplan 2013 140.000,00 Euro  
Deckung durch:  
Minderaufwendungen im Ergebnisplan 2013 140.000,00 Euro  
Minderauszahlungen im Finanzplan 2013 140.000,00 Euro

## Begründung:

Am 06.07.2011 trat das Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts in Kraft. Die Änderungen betreffen Gesetzesnormen im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) und im Sozialgesetzbuch VII (SGB VIII).

Mit der Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts verfolgt der Gesetzgeber das Ziel, die Betreuungsqualität der Vormundschaft/Ergänzungspflegschaft zu verbessern und eine aktive Interessenvertretung des Kindes/Jugendlichen zu gewährleisten. Die persönliche Beziehung zwischen Vormund/Ergänzungspfleger einerseits und Kind/Jugendlichem andererseits soll gefördert und gestärkt werden. In der Sitzung der Ratsversammlung am 12.02.2013 (DS 1112/2008/DS vom 08.01.2013) wurde der Personalaufstockung im Bereich der Amtsvormundschaften/-pflegschaften gemäß des Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts um 2 Vollzeitstellen (bei Besetzung mit Beamten Bes.Gr. A 11) zugestimmt.

Danach musste geklärt werden, ob das Land Schleswig-Holstein zu einer (Teil-) Übernahme der Kosten verpflichtet war. Die Beantragung der Planstellen konnte erst erfolgen, nachdem das Land die Übernahme der Personalkosten im Rahmen einer Konnexität abgelehnt hatte.

Produktkonto/ Bezeichnung	bisher zur Verfügung	zusätzlicher Bedarf	Deckung durch Produktkonto/ Bezeichnung	Deckung i. H. v.
363010500.5011000 Adoption, Beistand- schaft, Gerichtshilfen; Gehälter Beamte	317.200 EUR	87.000 EUR	611010100.4013000 Steuern, allgemeine Zuweisungen; Ge- werbsteuer	87.000 EUR
363010500.5021000 Adoption, Beistand- schaft, Gerichtshilfen; Versorgungskassen Beamte	181.100 EUR	48.000 EUR	611010100.4013000 Steuern, allgemeine Zuweisungen; Ge- werbsteuer	48.000 EUR
363010500.5041000 Adoption, Beistand- schaft, Gerichtshilfen; Beihilfe	14.400 EUR	5.000 EUR	611010100.4013000 Steuern, allgemeine Zuweisungen; Ge- werbsteuer	5.000 EUR

Im Auftrage

Dr. Tauras  
Oberbürgermeister

Dörflinger  
Stadtrat